

Die Sozialisten verlangen Absetzung des Justizministers Brügel. Raum haben sich die streitenden Brüder im Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie wenigstens äußerlich wieder vereint, beginnt sofort der von uns angekündigte Kampf der Linken gegen die große Koalition von innen heraus. Die Baugner Sozialdemokraten haben folgende Entschlüsse angenommen: „Nachdem durch die Einigung der sächsischen Sozialdemokraten auf dem Berliner Parteitag diese sich geschlossen hinter die Regierung gestellt haben, müssen sie verlangen, daß ihnen, ihrer Stärke entsprechend, größter Einfluß auf den Gang der Geschäfte eingeräumt wird. Im besonderen wird gefordert: 1. Sofortiger Rücktritt des Justizministers Brügel, unter dessen Leitung die Justiz zu einem republikfeindlichen Instrument geworden ist, und so fort durch einen überzeugten Republikaner. 2. Erneute Schaffung eines einheitlichen Dezerats im Justizministerium und zwar möglichst wieder unter der Leitung des Republikaners Ministerialdirektors Günther. 3. Wiederbesetzung der Stellen der politischen Staatsanwälte mit aufrichtigen Republikanern. 4. Sofortige umfassende Amnestierung aller im Jahre 1923/24 wegen Landfriedensbruchs Verurteilten, ganz wie es unter Herrn Brügel's Leitung denen zuteil geworden ist, die wegen Freistrelbereiten und Wuchers angeklagt waren.“

Einjährigkeitsgesetz gegen die sächsische Staatszeitung. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die einseitig linkssozialistische Haltung der sächsischen Staatszeitung dazu geführt, daß sich das Gesamtministerium jetzt damit befaßt, auf Seiten der bürgerlichen Koalitionsparteien liegen Beschlüsse vor, diesem Treiben der beiden politisch ganz links orientierten Schriftleiter Jolles und Edel nicht länger mehr zuzusehen, sondern radikale Abhilfe zu fordern. Wir glauben zu wissen, daß dieser Forderung entsprochen werden wird. Erst kürzlich hat übrigens Ministerpräsident Heide energisch eingegriffen, als die Staatszeitung einen Artikel des Bürgermeisters Hehlen durch Streichungen nahezu ins Gegenteil verdreht. Sie mußte darauf den ganzen Artikel ungekürzt nochmals veröffentlichen. Dieser Tage brachte sie einen Artikel des Bazillisten Dr. Wehberg mit ganz ungerechten Vorwürfen gegen Deutschland und einseitiger Parteinahme fürs feindliche Ausland anlässlich der bekannten großen Aktienveröffentlichung des Auswärtigen Amtes. Einige Zeit vorher war ein Artikel von Jannasch erschienen, worin der Reichs-Altowasser Friede als zehnmal schlimmer als der Versailer bezeichnet und somit der feindlichen Propaganda das denkbar beste Material geliefert wurde. Auch sonst fehlt es in diesem Blatt der sächsischen Regierung nicht an Quertreibereien gegen die Regierung. Die Berichterstattung ist ganz einseitig links gerichtet, dauernd tendenziös gegen die nationalen Interessen. Es ist erfreulich, daß das Gesamtministerium, wie sicher zu erwarten ist, diesem unhaltbaren Zustand nun ein Ende machen wird. Bekanntlich sind auch bei Beratung des Kapitals „Sächsische Staatszeitung“ im Haushaltsausgleich II des Landtags vom Abg. Dr. Dehne bereits die lebhaftesten Klagen über den Geist des Blattes vorgebracht und energische Gegenmaßnahmen gefordert worden.

Die Verwaltung der Grunderwerbsteuer ist vom Reichsminister, wie wir bereits berichteten, den sächsischen Gemeinden übertragen worden. Die Übernahme der Verwaltung erfolgt ab 1. Juli. Wir verweisen wegen der näheren Einzelheiten auf die Bekanntmachung des Finanzamtes Kue in der vorliegenden Ausgabe.

Der Umfang des Beamtenabbaus in Sachsen. Am 1. Oktober 1923 betrug die Zahl der Beamtenstellen im Staatsdienst, soweit sie für den Personalabbau in Betracht kommen, 16 649. Davon sind bis jetzt 2412 Beamte abgebaut worden. 222 durch freiwilligen Abgang, 693 durch Entlassung, 558 durch Eingehung unbefetzter Stellen, 820 durch Anrechnung entlassener Angestellten und ein Mehr aus den wachsenden Betrieben von 19. Die Zahl der entlassenen schwerkrankenbeschäftigten Beamten beträgt 6, die der Angestellten 69. An der sächsischen Volkshochschule wurden 1224, an den Fortbildungsinstituten (Berufs-)Schulen 48 Lehrer und Lehrerinnen abgebaut.

den und heute hinauf; Kräfte schafften allit hastig über das Fenster, dann war nichts mehr zu sehen.

Dangsam und nachdenklich schritt Rosenkrantz die Allee entlang. Er hatte eine Zigarre angezündet und schützelte die Asche in den weißen Schnee. Aus der Allee ging er auf die Landstraße. Er kam an einem Bauern mit einem Schlitzen vorbei; sonst begegnete er keinem Menschen.

Aus reinem Zufall schloß er den Weg ein, der zum Starthaus führte. Dieses stand etwas abseits von der Straße in einem Garten, der von einem Bretterzaun umgeben war. In Gedanken, daß er dem alten Starter so spät nicht mehr gut einen Besuch machen könne, blieb Rosenkrantz einen Augenblick an der Gartentür stehen und schaute zum Starthaus hinüber. Mit einem Male meinte er, an der andern Seite des Hauses, da, wo sich die Fenster von der Studierstube des Starrers befanden eine Bewegung wahrzunehmen. In den beiden Fenstern war Licht, und es kam Rosenkrantz vor, als läße er einen Schatten, den Anruch eines Menschen, an dem erleuchteten Flächen vorbeizugehen. Er sah dem Schatten nach, und dieser glitt über den weißen Schnee und unter die dunklen Zweige der Büsche hinunter. Rosenkrantz meinte, einen mittelgroßen Mann zu erkennen, der geschäftig ging, um nicht an die gestreuten Ähren zu stoßen und dadurch ein Geräusch zu verursachen. Es war etwas so auffallend Bescheidenes an diesem Schleißen unter den Büschen, daß Rosenkrantz hin Herz Kopfen schloß, und er dachte bei sich selbst: „Sollten auch in diesem friedlichen Starthaus rätselhafte Dinge geschehen?“

Rosenkrantz sah sich etwas zurück und blickte sich hinter den Zaun, um nicht gesehen zu werden. Durch die Ritzen konnte er die Gestalt mit den Augen verfolgen. Les Mann ging sehr vorsichtig und blieb mehrere Male stehen, als ob er zurückwäre. Ganz genau konnte das Rosenkrantz nicht erkennen, aber es kam ihm nach den Bewegungen der Gestalt so vor. Er blieb schweigend an dem Geheimnisvollen mit einem Sprung rasch und behend über den Zaun.

(Fortsetzung folgt.)

Die Aufhebung der Beschränkung der unteren Beamtengruppen. Die Reichsregierung hat die Neuordnung der Grundbesitzer in den Besoldungsgruppen 1-4 auf Grund des vom Reichstag hierfür bewilligten Mittels auf dem Verordnungswege vorgenommen, ohne sich in dieser Angelegenheit mit den Organisationen in Verbindung zu setzen. Die sich hieraus ergebenden Aufhebungen pro Monat betragen in Besoldungsgruppe 1, und zwar in Dienstaltersstufe 6-8 2-3 Mark in den Dienstaltersstufen 4-9 der Gruppe 2 2-3,50 Mark, in den Dienstaltersstufen 2-9 der Besoldungsgruppe 3, 4, 5 und 6: 2-3 Mark. Diese Aufhebung der Besoldungsgehälter gilt rückwirkend ab 1. Juni. Die sozialen Aufgaben sind bei dieser Neuordnung nicht erhöht worden.

Hat Sparen wieder Zweck? Großer Mißtrauen herrscht in allen Kreisen gegen die Sparkassen. Der Schaden, den die Sparer infolge der Geldentwertung erlitten haben, wird vielfach ohne weiteres den Sparkassen zur Last gelegt. Man überlegt, daß die Sparkassen die hereingenommenen Gelder nach bestimmten Vorschriften anlegen mußten und daß sie infolgedessen keine Schuld an der Entwertung dieser vorchriftsmäßig angelegten Gelder trifft. Das unbedeutende Mißtrauen gegen die Sparkassen ist umso mehr zu bedauern, als gerade heute Sparen notwendiger denn je ist. Die öffentlichen Sparkassen tun alles, um das ohne ihre Schuld verlorengegangene Vertrauen der sparenden Volkstriebe wiederzugewinnen. Man muß aber in dieser Hinsicht scharf zwischen alten und neuen Sparanlagen unterscheiden. Hinsichtlich der alten Einlagen können die Sparkassen nichts tun, als im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften eine Aufwertung zu erwirken. Hinsichtlich der neuen Einlagen dagegen haben sie alle Vorkehrungen getroffen, um die Sparer vor neuen Geldentwertungsverlusten zu schützen. Dem Vorbild der Reichsbank folgend, konnten sie jetzt die von ihnen gegebenen Kredite wertbeständig machen. Dadurch sind sie in der Lage, auch ihren neuen Sparern die Wertbeständigkeit der Einlagen zu gewährleisten. Während den alten Einlagen nur Papiermarkanlagen gegenübergestellt werden konnten, stehen den neuen Rentenmarkeneinlagen jetzt wertbeständige Vermögensanlagen gegenüber. Damit ist jeder Geldentwertungsverlust ausgeschlossen. Der Kreditnehmer kann sich bei Geldentwertung nicht mehr auf Kosten des Sparers bereichern. Alle Volkstriebe sollten diese Tatsache erkennen und das Mißtrauen gegen die wertgeschützten Rentenmarkeneinlagen schwinden lassen. Wer einen Geldbetrag, und sei es auch nur für ein paar Wochen, verfügbar hat, sollte ihn zur Sparkasse bringen, damit durch neue Kapitalbildung das Wirtschaftsleben befruchtet werden kann und der weiteren Bereicherung ein Damm entgegengeleitet wird. Wer sein Geld als wertpächtere Einlage zur Sparkasse bringt, verschafft sich den Vorteil der Sicherung seines Geldes vor Verlust und Entwertung, ganz abgesehen von dem heute sehr hohen Zinsfuß. Gleichzeitig dient er der Allgemeinheit und liefert einen Baustein zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Besicht beim Kaiser nach Böhmen. Seit dem 18. Juni wird der Kaiser O. Böttcher in Dresden vermisst. Er ist von einer Ferienreise, die er am Donnerstag der Pfingstwoche in die sächsische Schweiz unternommen hatte, noch nicht zurückgekehrt. Wie jetzt bekannt geworden ist, wird Böttcher wegen mangelnder Ausweispapiere von den tschechischen Behörden zurückgehalten. Das Verhalten der tschechischen Behörden muß umso mehr wundernehmen, als erst kürzlich aus Prag die Verordnung gekommen ist, innerhalb des kleinen Grenzverkehrs den Uebertritt ins böhmische Gebiet zu erleichtern.

Kaufmannsruhm. Einem heute früh zu seiner hiesigen Arbeitsstätte fahrenden Arbeiter aus Böhmen brach der Rahmen des Rades. Dadurch stürzte er so unglücklich, daß er außer starker Gesichtsverletzung sich eine Gehirnerschütterung zuzugewann. Die hiesigen Sanitätskolonnen brachten den Verunglückten in seine Behausung nach Böhmen.

Wiesmarkt in Kue am 30. Juni 1924. Amtliche Preisnotierungen:

Ochsen 1. Qualität	49 Pfg.	Ralben und Rälhe	
2. „	45 „	3. Qualität	35 Pfg.
3. „	38 „	4. „	30 „
Bullen 2. „	40 „	Rälber 1. Qualität	60 „
3. „	35 „	2. „	— „
4. „	— „	Schafe 1. Qualität	50 „
Ralben und Rälhe		Schweine bis 1 1/2 J.	48 „
1. Qualität	48 „	„ fett	50 „
2. „	42 „	„ fleischig	44-45 „

Geschäftsgang langsam.

Juidau. Schwierigkeiten einer Gewerkschaft. Die Juidauer Gewerkschaft, Genossenschaft m. b. D., eine Gründung des gemäßigten Mittelstandes, ist durch die mißliche wirtschaftliche Lage und die Untreue eines Bevollmächtigten der Bank, in Schwierigkeiten geraten. Der ungetreue Beamte eignete sich nach und nach Gelder in Höhe von etwa 80 000 Mark an und wurde jetzt verhaftet. Man hofft, daß es möglich sein wird, die Bank mit Hilfe eines andern Instituts und der Stadtgemeinde zu klären.

Rosen. Nord. Am Sonntagmorgen fand ein Pilsener in der Wäbe bei Jella den etwa 80 Jahre alten Maurer Alfred Bolter aus Peine ermordet liegen. Es ist anzunehmen, daß der Mann hinterwärts auf dem Wege erschlagen wurde. Der Hinterkopf ist zerquetscht und das Gesicht vollständig entstellt. Es liegt Raubmord oder ein Sexualverbrechen vor. Als Täter dürften Wandergewissen des Erzgebirges in Frage kommen. Unter den Einwohnern herrscht große Beunruhigung, da es in kurzer Zeit der zweite Mord in der Rosener Gegend ist.

Sera. Unglaublich aber wahr! In einem Nachbortorte kaufte ein Unbekannter mit Hilfe eines 300-Mark-Münchmünchens ein neues Fahrrad für 160 Rentenmark und bekam noch 40 Goldmark in bar heraus.

Paris Dra Nachrichten

Paris, 30. Juni. (Dra.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Vorkonferenz vom 28. Mai über die Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle wird wahrscheinlich sofort dem internationalen Militärkomitee, dessen Vorsitz Reichsgraf Koch führt, zur Prüfung übergeben werden. Das Komitee wird die rein militärische Seite prüfen. Die Vorkonferenz wird sich dann mit den Schlussfolgerungen des Militärkomitees befaßen, wenn sie die deutsche Antwort vom juristischen und diplomatischen Standpunkt geprüft hat.

Kauf der Reichsregierung. Berlin, 30. Juni. In einigen Blättern wird die Mitteilung verbreitet, die Reichsregierung habe die Reichstagsbeschlüsse über die letzte Regelung der Beamtenbesoldung ohne vorherige Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen durchgeführt. Wie wir hierzu erfahren, hatten die Beschlüsse des Reichstages und besonders die diesen Beschlüssen vorhergehenden Verhandlungen in den Ausschüssen und mit den Parteiführern der Regierung so genau Richtlinien gegeben, daß sich neue Verhandlungen mit den Verbänden erübrigten.

Berlin, 30. Juni. Das Reichskabinett beringshaute den in den Verhandlungen des Organisationsausschusses in erster Lesung festgestellten Entwurf eines Vermögensgesetzes.

Ergebnisse Wirtschaftsverhandlungen. Düsseldorf, 1. Juli. Die Verhandlungen mit den Ricum bauern von 2 Uhr nachmittags bis in die frühen Abendstunden, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. 10 Uhr abends wurde ein Pause gemacht. Die Verhandlungen sollen in der Nacht fortgesetzt werden.

Der betrügerische Luftfahrerpakt. Berlin, 1. Juli. Vor dem großen Schöffengericht in Charlottenburg wurde gestern ein Prozeß verhandelt, bei dem ein einer der größten Luftfahrerpakte des Krieges, dem sogenannten Luftfahrerpakt, beschuldigt. Angeklagt war der Kaufmann Kuffner, der zuletzt das Generalsekretariat des Unternehmens geleitet hatte. Die Beweisaufnahme ergab, daß es sich bei diesem Luftfahrerpakt um einen großangelegten Schwindel handelte. Von den eingegangenen, sehr erheblichen Beträgen hat auch nicht 1 Pfennig die Fliegen erreicht. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Junger wieder verhaftet wegen Sprengstoff und Landgranaten. Stuttgart, 1. Juli. Von der hiesigen Polizei sind verschiedene kommunistische Sprengstoff- und Landgranatenlager entdeckt worden. Außerdem wurden noch 2 vollständige Feldfernsprecher vorgefunden. Bisher wurden etwa 10 der kommunistischen Partei angehörende Personen, darunter zwei Frauen, verhaftet.

Baron reist nach Paris. Paris, 1. Juli. Wie dem „Petit Journal“ aus Rom gemeldet wird, reist der französische Botschafter Barriere heute zu den Besprechungen mit Derriot nach Paris.

Die Niederlage Macdonalds. London, 30. Juni. Zu der bereits gemeldeten Niederlage der Regierung im Unterhaus wird weiter mitgeteilt: Der Antrag, bei dessen Abweisung die Regierung in die Verantwortung gedrückt wurde, steht die Aufhebung der Bestimmungen vor, wonach Wohlfahrtsveranstaltungen der Kuratierung unterworfen sind, sofern ihre Kosten 50 Prozent der Einnahmen übersteigen. Baldwin beantragte Vertagung der Debatte mit dem Hinweis, er wisse nicht, ob die Liberalen die gegen den Antrag der Regierung stimmten, sich für darüber seien, daß eine Niederlage dieser Art von sehr echter Natur sei. Der Vertagungsantrag wurde mit 237 gegen 159 Stimmen abgelehnt, wobei die Liberalen für die Regierung stimmten. In der Niederlage der Regierung erklärt der parlamentarische Berichterstatter des Reuterschen Büros, obgleich bisher eine Niederlage der Regierung in Finanzfragen immer als ernste Angelegenheit angesehen worden sei, die entweder eine unverzügliche Vertagung des Hauses oder eine Revision des Regierungsstandpunktes oder den sofortigen Rücktritt des Kabinetts erforderlich machte, müsse man die neue Niederlage der Regierung, die die 7. in dieser Session sei, doch unter dem Gesichtspunkt der ungewöhnlichen Erklärung betrachten, die Macdonald bei der Bildung seines Kabinetts abgegeben habe, nämlich, daß er auf eine Abstimmung des Hauses nur dann zurücktreten werde, wenn sie ausdrücklich Vertrauensfragen verneine. Die Regierung sehe in der heutigen Abstimmung kein Vertrauensvotum, betrachte sich in ihrer Haltung in dieser Frage nicht als gebunden und halte es daher nicht für nötig, in der Fortsetzung der Finanzdebatte eine Unterbrechung einzutreten zu lassen.

Von der internationalen Arbeiterkonferenz. Genf, 1. Juli. In der Frage der Gleichberechtigung der ausländischen und der einheimischen Arbeiter bei Arbeitsunfällen nahm gestern die internationale Arbeiterkonferenz den Beschlüssen zu dem internationalen Übereinkommen an. Sodann berichtete der Präsident der Kommission für Arbeitsleistungen über deren Arbeit.

Internationaler Städtekongreß. Amsterdam, 30. Juni. Heute vormittag wurde hier der zweite internationale Städtekongreß eröffnet, an dem Vertreter von 12 verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, Oesterreich, England, Frankreich, Schweden und Bulgarien, teilnahmen. Das Programm umfaßt 1) Organisation einer dauernden Fühlungnahme zwischen den Stadtverwaltungen verschiedener Länder und Förderung der Vertiefung von Freundschaften über die Vertiefungen auf dem Gebiete des Kommunalwesens, 2) Erörterung der Frage, wie die Gemeindevertretungen in den verschiedenen Ländern an der Arbeit des Völkerverbundes und anderer großer internationaler Organisationen besonders auch hinsichtlich der öffentlichen Gesundheitspflege und der Regelung des Arbeitswesens teilnehmen könnten.

3 Jahre Zuchthaus für Weisheit. Rassel, 30. Juni. Im Weisheitsprozeß gegen den Stadtrat Weisheit wurde heute das Urteil gefällt. Es lautete wegen zweifachen wissenschaftlichen Diebstahls auf 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger vor Gericht vernommen zu werden.

4 Personen ertranken. Rönigsberg, 1. Juli. Auf dem Elbinselkutter ertranken ein mit 3 Hundebesitzern und 4 Hundebesitzerinnen besetztes Segelboot. 4 Insassen ertranken.

Schweres Unwetter im Gutsengebiet. Breslau, 1. Juli. Das Gutsengebiet ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Ein orkanartiges Sturm entpinnete sich in den Obstplantagen die Bäume, die weit aus Feld hinausgeschleudert wurden. Das Getreide wurde buchstäblich auf den Boden gewalzt. Besonders betroffen ist die Gegend von Neutrobe, Reichenberg und Zama-Gut.

Bericht über den orientalischen Markt. Dresden u. Berlin. Ausg. Dra. u. Verlagsvertrieb.